Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 186 (2020)

Heft: 6

Artikel: Weltweite sicherheitspolitische Folgen der Corona-Pandemie

Autor: Goertz, Stefan

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-880781

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltweite sicherheitspolitische Folgen der Corona-Pandemie

Die Folgen der weltweiten Corona-Pandemie wurden bisher vor allem auf den Analyseebenen «Medizin – Infizierte – Tote» und «wirtschaftliche/finanzielle Probleme» diskutiert. Allerdings ist festzustellen, dass sich durch die Corona-Pandemie zahlreiche sicherheitspolitische Probleme und Konflikte potenzieren sowie neue entstehen und deren Folgen die gesamte Welt tangieren werden. Hier werden ausgewählte sicherheitspolitische Konflikte und Probleme untersucht.

Stefan Goertz

Im syrischen Idlib und seinen Flüchtlingslagern wird aktuell mit einem katastrophalen Ausbruch von Corona gerechnet. In Idlib gibt es kein funktionierendes Staatswesen mehr und kein brauchbares Gesundheitssystem; es wird kaum auf Corona getestet, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatte Ende März/Anfang April erst 300 Test-Kits nach Idlib gebracht.[1] Im Kriegsgebiet im Nordwesten Syriens leben rund drei Millionen Flüchtlinge, gut ein Drittel in Zeltlagern und Notunterkünften, so dass Social Distancing nicht möglich ist. Es mangelt an Wasser, die hygienischen Bedingungen sind katastrophal. Hinzu kommt, dass die Truppen Assads seit Monaten die wenigen noch geöffneten Krankenhäuser bombardieren; seit 2016 wurden rund 500 medizinische Einrichtungen in der Provinz Idlib zerbombt. Inzwischen wurden die ersten Covid-19-Fälle auch aus von Assad kontrollierten Landesteilen Syriens gemeldet, die Behörden haben eine nächtliche Ausgangssperre verhängt und das im bald zehn Jahre andauernden Bürgerkrieg heruntergewirtschaftete syrische Gesundheitssystem dürfte einen Massenausbruch von Covid-19 kaum unter Kontrolle bringen.[2]

Jemen

Im Jemen gilt seit Anfang April eine durch das Coronavirus bedingte einseitig ausgerufene Feuerpause. Der zuständige UN-Vermittler sieht Fortschritte hin zu einem dauerhaften Waffenstillstand, was bei der Analyse des jemenitischen Bürgerkrieges der letzten Jahre jedoch bezweifelt werden muss. Nach Angaben des UN-Vermittlers für den Jemen, Martin Griffiths, werde die Feuerpause seit Anfang April grundsätzlich von beiden Seiten – dem Bündnis (die jemenitische Regierung, Saudi-Arabien, die Vereinigte Arabische Emirate sowie Ägypten) sowie den Huthi-Rebellen (militärisch und finanziell abhängig vom Iran, Stellvertreterkrieg) – unterstützt.[3] Prognostisch spricht gegen einen Waffenstillstand, dass die Huthi-Rebellen nun die Chance sehen, Gebietsgewinne zu erzielen, während sich die ganze Welt mit der Corona-Krise beschäftigt. Sollte der Krieg im Jemen trotz positiver Signale in der UN weitergehen und sich Corona stark ausbreiten, würde sich die ohnehin schon dramatische humanitäre Lage noch drastischer verschärfen. Wegen mangelnder internationaler Finanzierung musste das Welternährungsprogramm (WFP) im April seine Hilfe für den Jemen einschneidend kürzen.[4]

Seit dem Beginn des Bürgerkrieges in Jemen 2015 sind nach Angaben der UN mehr als 200 000 Menschen – darunter zahlreiche Kinder – durch den Bürgerkrieg und seine Folgen ums Leben gekommen und 24 Millionen Jemeniten benötigen humanitäre Hilfe.[5] Die UN

Luftangriff des Assad-Regimes auf Idlib.

Bilder: Wikimedia Commons

Huthis in Jemen demonstrieren gegen Luftschläge Saudi-Arabiens.

beschreiben die humanitäre Situation im Jemen als die «schlimmste humanitäre Krise der Welt», sprich: sogar gravierender als in Syrien. So könnte das Coronavirus dramatische Folgen historischen Ausmasses für den Jemen haben, denn das Gesundheitssystem ist bereits kollabiert und viele Epidemien haben sich verbreitet: Cholera, Dengue-Fieber und andere Krankheiten. Dazu kommen die Hungersnot, Unterernährung und die anderen humanitären Folgen des Krieges für die Bevölkerung.[6]

Libyen

Die Offensive der Truppen des Ex-Generals Khalifa Haftar auf Tripolis dauert seit einem Jahr an und trotz zahlreicher Covid-19-Fälle werden die Gefechte fortgesetzt. Mitte April eroberten Kräfte der international anerkannten libyschen Regierung von Fayez Al Serraj die Städte Sorman und Sabratha und kleinere Orte im Westen von Tripolis und kontrollieren damit nun den gesamten Küstenstreifen westlich der Hauptstadt. Als Antwort darauf intensivierten Haftars Kräfte Mitte April das Bombardement von Tripolis. Die Lage in der Stadt ist desaströs, zu den Kriegshandlungen kommen teils absichtlich herbeigeführte Infrastrukturprobleme, die Wasserleitungen nach Tripolis wurden sabotiert, mehr als zwei Millionen Menschen in Tripolis blieben ohne Wasser, dazu kommen die Stromausfälle.[7]

In einem Brief der Aussenminister von Frankreich, Italien, Deutschland und des EU-Aussenbeauftragten, sowohl an Warlord Haftar als auch an den Ministerpräsident Sarradsch gerichtet, hiess es: «Wir rufen Sie dringend dazu auf, von jeder weiteren militärischen Aktivität im ganzen Land abzusehen» und es wurde «eine humanitäre Feuerpause [...] und sich auf einen dauerhaften Waffenstillstand für den gesamten Zeitraum der Pandemie und darüber hinaus zu einigen» angemahnt. Der Brief, datiert vom 3. 4. 2020, blieb aber seither ohne Konsequenzen im Bürgerkrieg. Auf der Libyen-Konferenz Mitte Januar 2020 in Berlin hatte die deutsche Bundeskanzlerin Merkel in Bezug auf internationale Waffenlieferungen nach Libyen noch erklärt: «Man hat sich erstmal darauf geeinigt, dass in Zukunft keine Unterstützung mehr erfolgen wird.» Ende April kommentierte das deutsche Aussenministerium die fortgesetzten Waffenlieferungen an beide Bürgerkriegsparteien diplomatisch: «Das Waffenembargo wird nicht so umgesetzt, wie wir uns das wünschen.»[8] UN-Generalsekretär Guterres scheute sich allerdings nicht, offen die Staaten zu benennen, die gegen das Waffenembargo verstossen: Die Vereinigten Arabischen Emirate, Ägypten, Russland und die Türkei. Falls die Hoffnung bestanden hat, die Ausbreitung des Coronavirus könnte die libysche Bürgerkriegsparteien zu einem Waffenstillstand bewegen, sah es zumindest im April 2020 nicht danach aus.

Tripolis wird seit einem Jahr von den Truppen des Ex-Generals Haftar belagert.

Die Ukraine, Russland und die Folgen der Corona-Krise

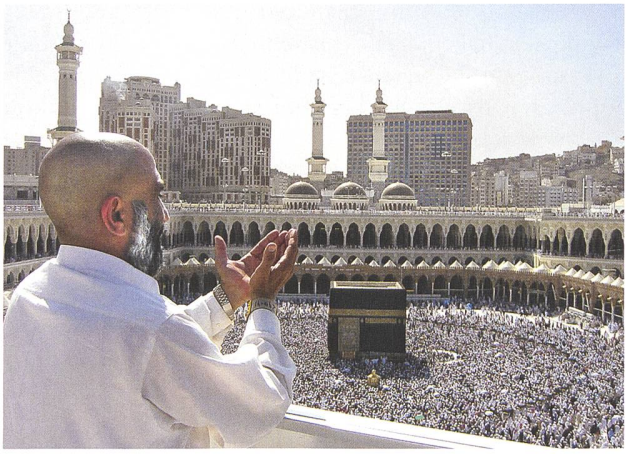
Durch die Corona-Pandemie historischen Ausmasses ist die Situation in der Ukraine innerhalb kürzester Zeit von der politischen Prioritätenliste europäischer Staaten verschwunden. So führt Russland auch im aktuellen globalen Ausnahmezustand seine Aggression gegen die Ukraine unvermindert fort. Von der Waffenruhe, die beim Gipfeltreffen zwischen Frankreich, Deutschland, der Ukraine und Russland im Dezember 2019 in Paris vereinbart wurde, ist das Kriegsgebiet im Osten der Ukraine weit entfernt. So hindern die bewaffneten Kräfte der illegalen «Volksrepubliken» Donezk und Luhansk unter dem Vorwand der Corona-Krise seit Wochen die Überwachungsmission der OSZE am freien Zugang zu «ihrem» Territorium.[9]

Die russische Regierung nutzt darüber hinaus die Pandemie für eine Kampagne zur Aufhebung der westlichen Sanktionen wegen der Krim-Annexion und der russischen Okkupation ostukrainischer Gebiete. So fordert Wladimir Putin, für die Dauer der Corona-Krise alle internationalen Sanktionen auszusetzen, die nicht vom UN-Sicherheitsrat verhängt wurden, um die westeuropäische Unterstützung der Ukraine weiter zu schwächen. Parallel dazu wird die russische Strategie umgesetzt, die Ukraine von innen her zu unterminieren. Dabei hilft der russischen Regierung, dass die neue ukrainische Führung unter Präsident Wolodymyr Selenskyi in der Hoffnung auf einen baldigen Frieden im Donbass geneigt zu sein scheint, Russland erhebliche Zugeständ-

nisse zu machen.[10] So gab Seleneskyis Präsidialamtsleiter Andrij Jermak, der die Verhandlungen mit Russland führt – und offenbar enge Geschäftsverbindungen dorthin unterhält –, seine Zustimmung zur Installierung eines «Beratungsgremiums», das paritätisch aus Vertretern der Ukraine und Repräsentanten der «Volksrepubliken» zusammengesetzt sein soll. Die Folge davon wäre eine implizite Anerkennung der «separatistischen Scheinregierungen» und der Übernahme des russischen Narrativs, dass es sich bei dem Krieg im Donbass um einen «innerukrainischen Konflikt» und bei Russland nur um einen «vermittelnden» Dritten handele.[11]

Saudi-Arabien – Wirtschaftliche und innenpolitische Folgen von Corona

Die Corona-Krise hat bereits jetzt drastische wirtschaftliche Konsequenzen für Saudi-Arabien und die Zahl der Infizierten steigt dramatisch an. Gemeinsam mit anderen Mitgliedsstaaten des Ölförderkartells Opec+ hatte sich das Königreich Mitte April auf eine drastische Reduzierung der Fördermengen geeinigt. So sollen diese in den Monaten Mai und Juni um 9,7 Millionen Barrel pro Tag zurückgehen, das entspricht einem Anteil von zehn Prozent der bisherigen Fördermenge, was die Höchste von der Organisation jemals vorgenommene Kürzung ist. Trotz dieser Gegenmassnahme haben Saudi-Arabien und andere Opec-Staaten Schwierigkeiten, das Erdöl abzusetzen, weil der globale Erdölverbrauch wegen der Corona-Krise massiv – bisher um ca. 30 Prozent – zurückgegangen ist, dazu fällt der Rohölpreis weiter.[12]



Der Haddsch nach Mekka wird 2020 wegen Corona abgesagt.

Mitte April stieg die Zahl infizierter Saudi-Araber auf ca. 10 500 an und die Infektionskurve zeigt steil nach oben. Unter den Corona-Infizierten sind wohl auch 150 Mitglieder der Königsfamilie. Bereits Ende Februar hatte die Königsfamilie die Grenzen für Pilger nach Mekka und Medina geschlossen und der diesjährige Haddsch, die grosse Pilgerfahrt nach Mekka, wird wegen Corona ausfallen. Bisher hatten die muslimischen Pilger pro Jahr etwa zehn Milliarden Euro in die Kassen der Wüstenmonarchie gespült und sind damit nach dem Rohöl die zweitwichtigste Einnahmequelle.

Als gefährliche Infektionsherde in Saudi-Arabien gelten die beengten und dicht belegten Unterkünfte der bis zu neun Millionen im Lande lebenden Gastarbeiter. Viele saudische Firmen beschäftigen diese nun nicht weiter und zahlen ihnen auch kein Gehalt mehr. Ähnlich ist die Lage der internationalen Gastarbeiter in den anderen Golfstaaten. So leben nach Angaben der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in den Staaten des Golf-Kooperationsrats (GCC) ca. 35 Millionen Arbeitsmigranten und diese könnten bei der möglichen Ausbreitung des Virus eine bedeutende Rolle spielen.[13]

Das Coronavirus stellt allerdings auch den von Kronprinz Mohammed bin Salman gesteuerten innenpolitischen und kulturell-religiösen Kurs infrage. So bedeutet die Pandemie für die Wahhabiten, die dem Königshaus verbundenen ultrakonservativen Kleriker des Landes, eine gesteigerte öffentliche Aufmerksamkeit. Doch im Rahmen seiner «Vision 2030» hat der saudische Kronprinz den Einfluss der Wahhabiten konsequent zurückgedrängt. Dem saudischen Prinzen scheint bewusst, dass es insbesondere in den westlichen Demokratien – wichtige Handelspartner des Königreichs – erhebliche Vorbehalte gegen die ultra-konservative Form des sunnitischen Islam gibt und der Wahhabismus grosse Schnittmengen zum extremistischen Salafismus hat, in dessen Milieu Tausende Dschihadisten in Europa gewachsen sind. Im Kontext zu horrenden wirtschaftlichen Einbussen durch die Corona-Krise hatte der Internationale Währungsfonds (IWF) im Februar 2020 darauf hingewiesen, dass der Reichtum des Landes in den kommenden 15 bis 20 Jahren aufgebraucht sein könnte.[14]

Abschliessend: Die Corona-Krise hat massiven Einfluss auf die Finanzen und die Innenpolitik Saudi-Arabiens, das zur gleichen Zeit in den Stellvertreterkriegen gegen den Iran – in Syrien, im Irak, in Bahrain und im Jemen – grosse militärische und finanzielle Ressourcen verbraucht.

Fazit

Die Corona-Pandemie von historischem Ausmass kann als weltweiter sicherheitspolitischer Katalysator fungieren und zahlreiche sicherheitspolitische Probleme mit weitreichenden Folgen auslösen: Potenziell fortgesetzte und sogar noch intensivierte Kriege, eine Verstärkung von Konflikten wie beispielsweise zwischen Saudi-Arabien und dem Iran, Bürgerkriege und humanitäre Katastrophen. ■

1 https://www.sueddeutsche.de/politik/coronavirus-pandemie-covid-19-konfliktregionen-1.4861147-0#seite-2; 25.4.2020.
2 Ebd.
3 https://www.deutschlandfunk.de/krieg-im-jemen-wollen-die-kriegsparteien-wirklich-frieden.799.de.html?dram:article_id=474831; 25.4.2020.
4 Ebd.
5 https://www.sueddeutsche.de/politik/jemen-saudi-arabien-hungersnot-un-1.4718757; 25.4.2020.
6 https://www.deutschlandfunk.de/krieg-im-jemen-wollen-die-kriegsparteien-wirklich-frieden.799.de.html?dram:article_id=474831; 25.4.2020.
7 https://www.derstandard.at/story/2000116887175/bombenhagel-und-corona-in-tripolis; 25.4.2020.
8 https://www.tagesschau.de/ausland/libyen-konflikt-coronavirus-101.html
9 https://www.welt.de/debatte/kommentare/article207025175/Ukraine-Fuer-Putin-ist-die-Corona-Krise-ein-strategischer-Vorwand.html; 25.4.2020.
10 Ebd.
11 Ebd.
12 https://www.dw.com/de/saudi-arabien-coronavirus-rüttelt-an-staatsfundamenten/a-53201991; 25.4.2020.
13 Ebd.
14 Ebd.

Major d.R.
Stefan Goertz
Dr. rer. pol., Dipl. Politologe
Hochschule des Bundes
Bundespolizei
D-23562 Lübeck

CyOne Security AG

Sicheres und mobiles Arbeiten auch in ausserordentlichen Situationen

Digitale, mobile Arbeitsplätze sind auch im militärischen Umfeld – gerade in Krisensituationen – unabdingbar. Die dafür eingesetzten spezifischen Endbenutzer-Lösungen müssen anwenderfreundlich sein und jederzeit den zeitnahen, sicheren Zugriff auf sensible Daten garantieren.

Zentrales Element der Einsatzfähigkeit im Krisenmodus ist, dass die Arbeit nicht durch ein weiteres Risiko gestört wird: Cyber-Attacken. Sie gehören laut dem VBS aus sicherheitspolitischer Sicht zu den «Top-Risiken». Ihnen gilt es höchste Beachtung zu schenken. Damit das VBS und die Armee – speziell im Krisenmodus – ihren Auftrag pflichtgerecht ausführen kann, muss die Arbeitsplatzinfrastruktur drei Bedingungen erfüllen:

1. Vernetztes Arbeiten über räumliche Distanzen muss jederzeit sichergestellt sein
2. Auch sensitive Daten sind von unterwegs sicher abruf- und bearbeitbar
3. Maximaler Schutz gegen Cyber-Attacken ist bei allen Datenzugriffen gegeben

Gerade wenn der Arbeitsplatz nach Hause verlegt oder wenn von unterwegs gearbeitet werden muss, sind die IT-Schutzmassnahmen der Büroumgebung nicht mehr gegeben. Hier müssen Sicherheitslösungen eingesetzt werden, welche den gleichen adäquaten Datenschutz und umfassende Cyber Security garantieren können.
Neben diesen sicherheitsrelevanten Aspekten müssen die Endgeräte für die Benutzer vor allem auch eines sein: smart, sprich benutzerfreundlich. Nur wenn die Sicherheitsprozesse im Hintergrund ablaufen und der Bedienkomfort nicht eingeschränkt ist, können die Mitarbeiter des VBS und die Armeeangehörigen ihre wichtige Arbeit für die Sicherheit der Schweiz effizient weiterführen.

Die smarte Workplace-Lösung von CyOne Security

Das Workplace System von CyOne Security löst den Zielkonflikt zwischen maximalem Schutz und grösstmöglichem Bedienkomfort. Durch eine sichere Aufteilung der Hardware in zwei oder mehrere Bereiche können Nutzer damit bequem auf öffentlich zugängliche Informationen im Internet zugreifen, ohne dabei die internen Informationen und die IT-Infrastruktur ihrer Einheit zu gefährden. Parallel dazu läuft der sichere Zugriff auf sensitive IT-Bereiche.
Indem bestehende Betriebssysteme virtualisiert und mit einer sicheren Hardware-Plattform und sicheren Zugangselementen vollständig geschützt werden, lässt sich das System einfach in die bereits bestehende IT-Umgebungen integrieren, konfigurieren und betreiben.
Um ein Betriebssystem in einer sicheren virtuellen Umgebung zu betreiben, wird ein Sicherheitsbetriebssystem (Sicheres OS) benötigt, das die Hardware (Prozessor, Festplattenspeicher, RAM etc.) in sichere virtuelle Bereiche trennt, ohne dass dabei unerlaubte Zugriffe oder Zonenübergänge entstehen. Das Sicherheitsbetriebssystem seinerseits darf nicht angreifbar sein und schützt sich vor unerlaubten Zugriffen mit Mechanismen wie Secure Boot, Secure Update und starker Authentifizierung.
Für den Nutzer ist die Sicherheit unbemerkt im Hintergrund.
Sichere Lösungen für mobiles Arbeiten sind in ausserordentlichen Situationen, welche mit massiven Mobilitätseinschränkungen verbunden sind, unerlässlich. Die CyOne Security bietet mit dem CyOne Workplace System das ideale Arbeitsinstrument, um auch für solche Krisensituationen gewappnet zu sein. Kontaktieren Sie uns für eine Live-Demo.

Roland Odermatt,
Leiter Verkauf Behörden
roland.odermatt@cyone.ch

Sichere Schweiz. Bit für Bit.

Wir schützen Sie vor Cyber-Risiken

CyOne Security bietet Behörden und Organisationen 360°-Sicherheitskonzepte und -lösungen für umfassenden und nachhaltigen Schutz vor Cyber-Risiken. Cyber Security aus der Schweiz. Für die Schweiz.

cyone.ch

CyOne SECURITY